

Rosemarie Sackmann

## Integration von Zuwanderern in Frankreich und in den Niederlanden

**Zusammenfassung:** Der Beitrag untersucht am Beispiel Frankreichs und der Niederlande die Auswirkungen unterschiedlicher Konzepte auf Integrationsprozesse unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Ebene. Frankreich und die Niederlande sind für ihre unterschiedlichen Integrationskonzepte – individuelle Assimilation einerseits, Inkorporation ethnischer *communities* andererseits – bekannt. Der Blick auf die Situation von Zuwanderern als Ausländern stellt die Unterschiede anders dar: in dieser Perspektive stehen Frankreich für die Aufrechterhaltung von Differenz und die Niederlande für deren Aufhebung. Neben diesen Unterschieden zeigt sich, dass die Anforderungen, die Integration an die kommunale Praxis stellt, aufgrund ihrer Ähnlichkeiten größtenteils auch zu ähnlichen Versuchen der Problembewältigung führen. Zugleich werden aber auch die Grenzen von Integrationskonzepten allgemein sichtbar: die Dominanz der Arbeitsmarktprobleme. Hier scheitert bislang auch die Gleichstellungspolitik der Niederlande.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen über eine Zuwanderungspolitik wird auch die Suche nach einem leistungsfähigen und für Deutschland passenden Integrationsmodell neu belebt. Das Spektrum theoretisch möglicher Modelle wird durch zwei entgegengesetzte Varianten bestimmt: Integration über Gleichstellung von Individuen (zumeist verbunden mit Assimilation) einerseits, oder gruppenbezogene gesellschaftliche Integration (zumeist verbunden mit Multikulturalismuskonzepten) andererseits. Diese beiden Modelle waren lange Zeit prägend für zwei Nachbarstaaten Deutschlands, die auch häufig von hier aus als Vorbilder betrachtet werden: Frankreich und die Niederlande. In beiden Ländern ergaben sich die Integrationskonzepte nicht aus einer spezifischen, für die Integration von Zuwanderern entworfenen Politik, sondern als Fortschreibung der jeweiligen nationalstaatlichen Modelle. Das republikanische Modell Frankreichs ist zentralisiert und staatsorientiert, im konstruierten Idealtyp – nicht jedoch in der Realität – spielen intermediäre Organisationen für die Gesellschaftspolitik keine Rolle. Das korporatistische Modell der Niederlande hingegen basiert auf organi-

sierten Gruppen als gesellschaftlichen Akteuren und auf der Herausbildung eines Konsenses, eines gemeinsamen Willens zwischen diesen Akteuren. Wie schon angedeutet: diese konzeptionell entgegengesetzten Idealtypen sind in der Realität weit weniger eindeutig ausgeprägt als im Selbstverständnis der Länder und in der Theorie. Wichtig für das Verständnis der realen Funktionsweisen der beiden Modelle ist insbesondere, dass während der letzten zwanzig Jahre in beiden Ländern verschiedene Veränderungen der Integrationskonzepte zu beobachten waren. Besonders deutlich treten diese Wandlungsprozesse am Beispiel der Politik und der Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern hervor. Die Beschäftigung mit den Anpassungsprozessen von Integrationskonzepten an die Realitäten, insbesondere in den Kommunen, ist Gegenstand dieses Beitrags. Offenbar treten bei Integrationsprozessen Schwierigkeiten auf, die Modellanpassungen erfordern. Eine dieser Schwierigkeiten liegt in der Arbeitsmarktsituation, mit der Frankreich und die Niederlande ebenso wie Deutschland konfrontiert sind. Eine Grundannahme aller Assimilations- und Integrationstheorien lautet, dass Integration zwar nicht allein über Arbeitsmärkte erreicht wird, dass sie aber ohne Arbeitsmarktintegration letztlich nicht funktioniert. Diese Annahme kann kaum zurückgewiesen werden, zumal sie für autochthone wie für allochthone<sup>1</sup> Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen zutrifft. Doch verliert damit Integrationspolitik nicht an Bedeutung. Im Gegenteil: Soziale und politische Integration wird wichtiger, wo die Arbeitsmarktintegration schwieriger wird und sich – möglicherweise – in einem grundlegenden Wandlungsprozess befindet.

Im Folgenden soll dargestellt werden, wie Integration von Einwanderern in Frankreich und den Niederlanden erfolgt und welche Relevanz die kommunale Ebene für die Integration von Zuwanderern hat. Bevor wir uns den Unterschieden zwischen den Ländern zuwenden, sollen zunächst die Gemeinsamkeiten der Situation dargestellt werden. Beide Länder hatten nach dem Zweiten Weltkrieg größere Zuwanderungen zu verzeichnen. In Frankreich bestand sofort nach dem Krieg ein Bedarf an Arbeitskräften, während die Niederlande zunächst noch Auswanderungsland waren. Doch auch in den Niederlanden wurden seit den 50er-Jahren Gastarbeiter angeworben.<sup>2</sup>

1 Autochthon: alteingesessene Bevölkerung; allochthon: aus einem anderen Land stammend.

2 In beiden Ländern gab es umfangreiche Zuwanderung aus den (ehemaligen) Kolonien. Zuwanderung aus Kolonien vollzieht sich unter besonderen Bedingungen. So verfügen die Zuwanderer häufig über die Staatsangehörigkeit der (ehemaligen) Kolonialmacht oder profitieren zumindest von besonderen Einreiseregulungen. Die (ehemaligen) Kolonialmächte haben oft ein besonderes Verantwortungsgefühl gegenüber diesen Zuwanderern. Zugleich aber gehen mit diesen Zuwanderungen besondere Spannungen einher. In diesem Beitrag wird auf die Besonderheiten der Zuwanderung aus Kolonien nicht weiter eingegangen, da dies den Rahmen des Beitrags sprengen würde.

In beiden Ländern erfolgte nach der Ölkrise zu Beginn der 70er-Jahre ein Zuwanderungsstopp und in der Folge gab es erhebliche Zuwanderung aus Gründen der Familienzusammenführung und nur noch vergleichsweise geringfügige arbeitsmarktinduzierte Zuwanderung. In beiden Ländern ist die heutige Situation durch anhaltend hohe Arbeitslosenzahlen geprägt, allerdings sind seit den 80er-Jahren die Arbeitslosenquoten für autochthone Holländer niedrig, während diese für Allochthone hoch sind. In Frankreich ist die Arbeitslosigkeit von Zuwanderern aus Drittländern besonders hoch.

Die rechtliche Position und die gesellschaftlichen und politischen Partizipationsmöglichkeiten werden zunächst durch staatliche Gesetze und Regelungen bestimmt. Auf dieser Ebene ergeben sich teilweise erhebliche Unterschiede zwischen Frankreich und den Niederlanden. Diese Unterschiede betreffen vor allem die Situation von Zuwanderern als Ausländern (sie betreffen beispielsweise nicht die heutigen Einbürgerungsregelungen<sup>3</sup>).

Allgemein werden Integrationsaufgaben in beiden Ländern überwiegend als kommunale Aufgaben gesehen. Dadurch prägen Faktoren wie die Ausgestaltung des Verhältnisses von Kommune und Staat sowie die politische und administrative Organisation den Rahmen von Integrationsprozessen mit. Für den *internationalen* Vergleich kommunaler Integrationsleistungen ist der rechtliche und organisatorische Rahmen von besonderer Relevanz. Darüber hinaus zeigen sich *intrastaatliche* Unterschiede, die zum einen darauf zurückzuführen sind, dass staatliche Vorgaben in der jeweiligen Kommune umzusetzen sind. Zum anderen resultieren Unterschiede aus kommunalen Initiativen, die über die staatlichen Vorgaben hinausgehen.<sup>4</sup>

## Frankreich

In manchen Vergleichen länderspezifischer Integrationskonzepte wird Frankreich als ein Staat dargestellt, in dem ein Assimilationsmodell verfolgt wird und in dem klare Integrationsvorstellungen existieren. Diese Auffassung ist nicht völlig zutref-

---

3 Die hauptsächlichlichen Regeln zum Erwerb der Staatsbürgerschaft sind folgende: In beiden Ländern ist eine Einbürgerung erwachsener Zuwanderer nach fünfjährigem legalem Aufenthalt möglich. In Frankreich werden Kinder von Ausländern, die in Frankreich geboren sind und dort leben, bei Volljährigkeit automatisch zu Franzosen, wenn sie nicht dagegen Widerspruch einlegen. In den Niederlanden können im Land geborene Kinder von Ausländern bei Volljährigkeit durch einfache Erklärung die niederländische Staatsangehörigkeit erwerben.

4 Garbaye (2000) geht über die hier genannten Gründe für intrastaatliche Unterschiede hinaus. Er nimmt allgemein eine „relative Unabhängigkeit“ kommunaler politischer Akteure sowohl gegenüber lokalen Gruppen als auch gegenüber den übergeordneten staatlichen Stellen an. Kommunalpolitiker verfolgen ihr eigenes Interesse im Sinne des Machterhalts. – Zu der Frage der Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene vgl. die Diskussionen zu Anfang der 90er-Jahre (Blanke 1991).

fend. Auch in Frankreich gab und gibt es Auseinandersetzungen um Zuwanderung und den Umgang mit ihren Folgen. Und eine wiederholte Kritik am französischen Modell betrifft das Fehlen eines Integrationskonzepts. Einige Autoren sind sogar der Meinung, dass das französische Modell durch das Fehlen genau eines solchen verbindlichen Modells charakterisiert ist (vgl. Weil 1991; Frybès 1992).

In Frankreich wurden Zuwanderungen direkt nach dem Zweiten Weltkrieg ange-regt. Dabei wurde die Frage, ob man Zuwanderung nach ethnischen Gesichtspun-ten steuern sollte, zu einem wichtigen Diskussionspunkt. Entgegen den Vorstel-lungen De Gaulles wurde diese Frage dahingehend entschieden, dass ein solches Vorgehen – insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem (deut-schen) Nationalsozialismus – nicht wünschenswert sein könne. Generell verlief die Zuwanderung in der Folgezeit weit weniger gesteuert als vielmehr nach den Re-geln von Migrationsbeziehungen, die, wenn sie einmal etabliert sind, ihre eigene Dynamik entfalten. Nur ein kleiner Teil der Zuwanderung lief über das staatliche Zuwanderungsbüro.

#### Nach dem Zuwanderungsstopp: die Suche nach Konzepten

Nach dem Zuwanderungsstopp (1974) waren verschiedene Fragen zu beantworten. Wie sollte mit Zuwanderung in Zukunft umgegangen werden? Wie sollten die anwesenden Zuwanderer behandelt werden? Die erste Frage wurde unter der Re-gierung Mitterrand weitgehend geklärt. Die Regelungen umfassten die Zuzugs-rechte für Familienangehörige, politische Flüchtlinge und Studenten sowie die Einführung einer „Green Card“ (*carte de dix ans*), einer einmal vergebenen Aufent-haltsgenehmigung für zehn Jahre mit quasi automatischer Verlängerung (vgl. Weil 1991). Die Diskussionen konzentrierten sich auf das Thema des Umgangs mit il-legalen Zuwanderern. Die Optionen bewegten sich zwischen Ausweisen und Lega-lisieren. Tendenziell entwickelten sich die Meinungen in allen politischen Lagern in Richtung auf radikale Ausweisung.<sup>5</sup>

Die Optionen der zweiten Frage, Umgang mit ansässigen Ausländern, bewegten sich zwischen den Möglichkeiten der Assimilation und der sanften Form der Rückkehrförderung oder erzwungenen Rückkehr. Vorübergehend wurde das Mo-dell der *insertion* ins Spiel gebracht, das vorsah, dass Zuwanderer nicht als einzelne und über Assimilation zu integrieren seien, sondern als kulturell differente Grup-pen. Dieses Modell ist bekannt geworden, weil es sich mit den so genannten per-versen Effekten des Multikulturalismus verbunden hat. Während das Modell für

<sup>5</sup> Man hatte sich darauf geeinigt, keine Legalisierungen von illegal Zugereisten per Dekret mehr vorzunehmen (Weil 1991). Dies wurde für einige Jahre auch eingehalten.

die einen die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft bedeutete, war es für die anderen die Möglichkeit, Integration und Vermischung der Kulturen zu vermeiden und damit zugleich die Rückkehr der Zuwanderer in ihre Herkunftsländer wahrscheinlich zu machen. Die Einrichtung des *Haut Conseil à l'Intégration* (Dezember 1989), einer Art Rat der Weisen in Integrationsfragen, markiert das Ende der Diskussionen um die Strategie der *insertion* in Frankreich und die Konzentration der gesellschaftlichen Eliten auf das Konzept der Integration. Neu gegenüber dem alten Assimilationsverständnis ist, dass Integration als zweiseitiger Prozess verstanden wird, das heißt, ein gewisses Maß an Veränderung der französischen Gesellschaft wird erwartet und akzeptiert (Weil/Crowley 1994). Aber „Integration“ ist kein rechtlich definierter Begriff. Der Generalsekretär des *Haut Conseil* beschrieb den Bedeutungsgehalt des Begriffs in einem Interview folgendermaßen: „Zumindest kann man über Integration sagen, dass sie eher die Ähnlichkeiten als die Unterschiede berücksichtigt. Aufgabe der Integration ist es, den Migranten eine komplette Beteiligung an der französischen Gesellschaft zu ermöglichen, sowohl an Rechten als auch Pflichten. Dabei sollen sie aber bestimmte persönliche Merkmale behalten können, so z.B. Religion und Kultur. Die Integration nimmt diese Unterschiede wahr, fördert sie aber nicht.“ (Interview Haut Conseil)

#### Integrationsinstitutionen auf staatlicher Ebene

Es gibt eine Reihe von Ministerien und speziellen staatlichen Institutionen, die Akteure der Zuwanderungspolitik und der Integration sind (vgl. Haut Conseil 1991; Frybès 1992). Hervorzuheben wären das Ministerium für Soziales, in dem ein Direktorat für Migrantenangelegenheiten die Aufgabe hat, Integrationsmaßnahmen auszuarbeiten und vorzuschlagen. Heute ist die 1988 gegründete, ministerienübergreifende Delegation für Stadtpolitik und soziale Entwicklung (*Délégation Interministérielle à la Ville*; DIV) ein wichtiger Akteur in der Koordination von Integrationsmaßnahmen. Auf Vorschlag des *Haut Conseil à l'Intégration* wurde 1991 zudem ein Staatssekretariat für Integration eingerichtet.

Auch der *Haut Conseil* ist zu den Akteuren der Integrationspolitik zu zählen. Der Conseil wurde zu einem Zeitpunkt gegründet, als verschiedene Probleme zusammen auftraten: Die Gemeindewahlen waren für den *Front National* sehr erfolgreich verlaufen, und eine „Kopftuchaffäre“<sup>6</sup> bewegte die Öffentlichkeit. Aufgaben des Conseil sind die Untersuchung der für Integration relevanten Fragen sowie (über Anhörungen) eine gewisse Einbindung von Migrantenorganisationen in den Prozess der Konzipierung der Integrationspolitik. Die erste Arbeit des *Haut Conseil*

6 Der Schulverweis für drei Mädchen, die mit Kopftuch am Unterricht teilnehmen wollten, führte zu Protesten von Migrantengruppen und zu einer breiten Diskussion über die laizistischen Prinzipien der französischen Gesellschaft (vgl. Spies 1992).

bestand in der Definition von „Integration“. Der *Haut Conseil* ist Berater des Präsidenten. Die Berichte des *Conseil* werden aufmerksam wahrgenommen und lösen manchmal Debatten in der Gesellschaft aus. Die Mitglieder des *Haut Conseil* werden durch den Präsidenten berufen. Mittlerweile sind auch Zugewanderte Mitglieder des von neun auf 20 Personen erweiterten Gremiums.

Der wichtigste im Auftrag des Staates handelnde Akteur in Integrationsfragen ist der *Fonds d'Action Sociale* (FAS). Er wurde 1958 gegründet, um für algerische Zuwanderer insbesondere die Wohnungsversorgung zu sichern. In der Folge wurde sein Tätigkeitsbereich auf alle Zuwanderergruppen und alle Integrationsbereiche ausgedehnt. Der FAS interveniert mit Subventionen in den Bereichen Wohnheim, Ausbildung und soziale und kulturelle Aktionen.<sup>7</sup>

### Kommunale Praxis

Die 70er- und 80er-Jahre waren durch Auseinandersetzungen um die angemessenen Strategien und somit zugleich durch das Fehlen verbindlicher Vorstellungen über Ziele und Vorgehensweisen gekennzeichnet. Während dieser Zeit spielten die Kommunen eine entscheidende Rolle in der Gestaltung der Integrationspolitik (Body-Gendrot/Schain 1992). Insbesondere kommunistisch regierte Städte, die zugleich die Städte mit den höchsten Zuwandereranteilen sind, übten dabei einen prägenden Einfluss auf die Entwicklung öffentlich geteilter Vorstellungen von Problemdefinitionen und Problemlösungen aus. Auf der Basis des weit verbreiteten Begriffs der „Toleranzschwelle“ definierten die Kommunen städtische Krisenphänomene als ein Problem der nicht-europäischen Zuwanderung. Als Problemlösung erschien dementsprechend der Versuch, das Sesshaftwerden nicht-europäischer Zuwanderer soweit als möglich zu verhindern und weitere Zuwanderung in die Stadt zu unterbinden – eine Strategie, die sich mit der Abkehr dieser Städte vom sozialen Wohnungsbau verband (Schain 1990).

In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden Beispiele kommunaler Ausgrenzungspolitik angeführt, die eindrucksvoll zeigen, dass in vielen Kommunen weniger Integration das Ziel war als vielmehr der Versuch der Ausgrenzung von Ausländern und das Reservieren von Ressourcen für Franzosen.<sup>8</sup> Schwerwiegende

7 Der FAS subventionierte 1990 3000 Vereine, den weitaus größten Teil allerdings mit kleinen Summen. Das Gesamtbudget des FAS betrug 1990 1,3 Milliarden Francs, darunter 500 Millionen für den Bereich Wohnen (Haut Conseil 1991: 79). Im Jahr 1999 wurden 10 000 Projekte, die von 6 000 Vereinen getragen wurden, durch den FAS unterstützt (Interview FAS). – Der FAS ist inzwischen ein wichtiger Partner der Regionen in der Politik zur sozialen Stadterneuerung.

8 Festzuhalten ist hier, dass nicht alle Städte in der beschriebenen Weise vorgehen. In einigen Städten gab es tatsächlich weitgehende Bemühungen um Integration (Body-Gendrot/Schain 1992: 418 f). Allerdings waren es die oben beschriebenen Politiken, die das Bild beherrschten.

Beispiele sind die Verweigerung von Wohnraum (auch für Zuwanderer mit französischer Staatsbürgerschaft) und der Ausschluss von ausländischen Schülern vom Schulbesuch. Dabei wurden nicht nur allgemeine Prinzipien der Gleichheit verletzt, vielmehr wurden legale Ansprüche von Zugewanderten vielfach ignoriert (Schain 1990).<sup>9</sup>

### Staatliche Politik

Zu Beginn der 80er-Jahre wurde das Misslingen kommunaler Integrationspolitik konstatiert.<sup>10</sup> Als ein Problem wurde angesehen, dass auf der kommunalen Ebene verschiedene Akteure mit teilweise divergierenden und im Allgemeinen nicht koordinierten Interessen tätig sind, wie die kommunale Verwaltung, soziale Institutionen, Wohnungsbaugesellschaften und auf nationaler Ebene organisierte Integrationsorganisationen (Weil 1991; Frybès 1992). In der Folge wurde Integrationspolitik (zunächst als Politisierung des Themas) zunehmend Gegenstand staatlicher Politik.<sup>11</sup> Die nationale Integrationspolitik drückt sich in der nationalen Stadtpolitik aus. In den 80er-Jahren wurden verschiedene Programme zur Verbesserung der Lage benachteiligter Stadtquartiere eingeführt, die zunächst auf die Verbindung von Wohnungsbaufragen mit sozialen Fragen ausgerichtet waren.<sup>12</sup> Insgesamt legt diese Politik besonderes Gewicht auf die Koordination verschiedener Maßnahmen und unterschiedlicher Akteure, sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Richtung. Während der 90er-Jahre traten in Fortführung verschiedener Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit (Beschäftigung im Rahmen gemeinnütziger Arbeit, Berufseingliederung) die Vermittlung in Arbeit und die wirtschaftliche Entwicklung

9 Nicht weniger erschreckend wirken andere, weniger dramatische Berichte. Ein Beispiel: In einem Pariser Vorort wurde die Verteilung von Bekleidung an Bedürftige eingestellt, nachdem bekannt wurde, dass 80 Prozent der Kleidung Ausländern zugute kamen (Schain 1990: 217 ff).

10 Zu dieser Einschätzung haben die gewaltsamen Unruhen in den Vorstädten erheblich beigetragen (vgl. Body-Gendrot/Schain 1992).

11 Ein interessanter Aspekt der zugleich vorangetriebenen Denzentralisierung ist, dass den Kommunen und Regionen zwar größere Selbständigkeit eingeräumt wird, dass aber zugleich der Rahmen für kommunales Handeln durch staatliche Programme definiert wird. Es liegt bei den Kommunen, die Förderung zu beantragen, dem staatlichen Programm, entsprechende Maßnahmenbündel zu entwickeln und Verträge mit dem Staat unter Einschluss von Kooperationspartnern abzuschließen.

12 Zwei Programmentwicklungen sind hier hervorzuheben: zum einen die Einführung „bevorzugter Erziehungsgebiete“ (*zone d'éducation prioritaire*), über die Schulen und Stadtteile mit einem hohen Anteil an Schulversagern zusätzliche Mittel erhalten, zum anderen die Politik der sozialen Stadtquartiersentwicklung (*développement social des quartiers*; DSQ), die 1989 in Folge einer nun breiteren Orientierung in die Politik der sozialen Stadtentwicklung überging (*politique du développement social urbain*; DSU); die entsprechende Institution auf staatlicher Ebene ist die *Délégation Interministérielle à la ville et au développement social urbain* (DIV), die 1988 eingerichtet wurde. Vgl. zur DSQ bzw. DSU die ausführliche Darstellung in Claussen 1997.

in den Vordergrund. Die Erfolge dieser Programme sind gering (vgl. Paugam 1998; Bode 1999).

Die zur Förderung im Rahmen der sozialen Stadtteilentwicklung berechtigten Gebiete werden aufgrund von Indikatoren bestimmt, die unschwer als typisch für Einwandererquartiere zu erkennen sind, aber es wird vermieden, diese Politik ausdrücklich als eine der Integration von Zuwanderern zu definieren.<sup>13</sup> Das erklärte Ziel ist die Beseitigung von Armutsgghettos, Schulversagen und Arbeitslosigkeit auf der Basis des *droit commun*, des gleichen Rechts für alle (Whitol de Wenden 1994). Als eine Schwäche dieser Politik gilt, dass die Bürgerbeteiligung gering entwickelt ist und kaum unterstützt wird. Zuwanderer sind ohne Zweifel eine wichtige Zielgruppe dieser Politik, und gerade sie haben wenig Möglichkeiten, sich von dieser Politik angesprochen zu fühlen oder sich aktiv in ihr zu engagieren.

Mangelnde öffentliche Repräsentation ist ein allgemeines Kennzeichen der Lage von Zuwanderern in Frankreich. Dazu beigetragen hat, dass Ausländer bis 1981 keine eigenen Vereine gründen durften. Dies änderte erst die Regierung Mitterrand. In der Folgezeit gab es einen Gründungsboom, und heute sind viele Vereine auf kommunaler und nationaler Ebene Ansprechpartner für die Verwaltung. Doch ist es dabei geblieben, dass Zuwanderer zwar einerseits als solche Ausgrenzung erfahren, andererseits aber nicht als eine besondere Interessengruppe anerkannt werden.<sup>14</sup> Während beispielsweise in den Niederlanden Zuwanderer als Interessenvertreter auftreten können, ist dies in Frankreich nicht der Fall.

Die Organisation der Politik, insbesondere die Beziehung zwischen zentralem Staat und lokaler Ebene, steht grundsätzlich einer größeren lokalen Repräsentation entgegen. Dabei spielt die enge personelle Verflechtung zwischen lokaler und zentraler Ebene eine Rolle. Viele Bürgermeister sind zugleich auf nationaler Ebene tätig (*cumul des mandats*). Damit verliert die lokale Ebene einen Teil ihrer Selbstständigkeit. Hinzu kommt, dass den Bürgermeistern eine dominante Rolle zukommt, denn nach den Wahlen spielen Parteien und Parteienkonkurrenz keine nennenswerte Rolle mehr. Stadtpolitik ist eine überwiegend administrative Aufgabe.

Die Politik von Sozialisten und rechten Parteien gleichermaßen ist von dem Versuch gekennzeichnet, dem *Front National*, der seit den 80er-Jahren stark vertretenen extrem rechten Partei Jean-Marie Le Pens, möglichst wenig Angriffsflächen zu

13 So ist es vielleicht nicht überraschend, dass auch in den 90er-Jahren die Strategien der Ausgrenzung von Kommunen angewandt werden. In Absprache zwischen Wohnungsämtern und Kommune werden Quotierungen gegen Zuwanderer vorgenommen (vgl. Loch 1994).

14 Als symptomatisch kann angesehen werden, dass der französische Staat versucht hat, sich einen Ansprechpartner für muslimische Zuwanderer zu schaffen, d.h., das Innenministerium hat 1992 einen „Islamrat“ installiert, der mit vom Ministerium ausgesuchten Personen besetzt wurde.

bieten. Garbaye (2000) stellt fest, dass seit den 80er-Jahren der Themenbereich Zuwanderung und Integration in hohem Maße politisiert ist. Dabei sind die lokale und nationale Ebene eng miteinander verbunden. Die Debatte auf der Gemeindeebene folgt den Debatten auf der nationalen Ebene. Zuwanderer werden dabei bis heute überwiegend als „Objekte der Politik“ gesehen. „As a result, there has been a continuing tendency in France to keep the immigrants out of politics“ (Garbaye 2000: 14).<sup>15</sup>

## Die Niederlande

Wie oben schon erwähnt, begann die Gastarbeiteranwerbung in den Niederlanden vergleichsweise spät und erfolgte in größerem Umfang erst in den 60er-Jahren; sie endete nach der Ölkrise. Wie in Frankreich und Deutschland hatte man in den Niederlanden angenommen, dass die angeworbenen Arbeitskräfte wieder in ihre Herkunftsländer zurückwandern. Die in den 70er-Jahren betriebene Politik der Förderung kultureller Eigenorganisationen von Zuwanderern geschah unter der Annahme, dass die Pflege der eigenen Kultur den Zuwanderern die Rückkehr erleichtert. Ende der 70er-Jahre hat man allerdings den Schluss gezogen, dass freiwillige Rückwanderung in größerem Umfang nicht zu erwarten ist. Erzwungene Rückwanderungen wurden aus moralischen Gründen abgelehnt. Es stellte sich somit die Aufgabe, die Zugewanderten zu integrieren. Es folgte eine Orientierung auf eine konsequente Politik der Gleichstellung, die wohl wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Niederlande von Deutschland aus so häufig als vorbildhaft angesehen werden.

### Minderheitenpolitik und Gleichstellung

Insbesondere der Bericht von Rinus Penninx (1979) für die Regierung hat die wesentlichen Anstöße zur Neugestaltung der niederländischen Politik gegenüber Zugewanderten gegeben. Er regte an, die zu dem Zeitpunkt für die Molukker beschlossenen Integrationsrichtlinien auf die anderen Zuwanderergruppen auszuweiten. Der Erlass der Richtlinien der Minderheitenpolitik (Minderheitennota) er-

---

15 Obwohl zwischen Sozialisten und rechten Parteien weitgehender Konsens in Fragen der Zuwanderung und Integration besteht, sind doch auch einige Unterschiede zu verzeichnen. Maßnahmen der Regierung Balladur (1993–1995) wurden unter Premierminister Lionel Jospin wieder zurückgenommen. So erfolgte 1998 die Rückkehr zu früheren Einbürgerungsregelungen.

folgte 1983.<sup>16</sup> Zu den Minderheiten wurden solche Gruppen gezählt, denen gegenüber sich die Regierung besonders verantwortlich fühlt und die im gesellschaftlichen Leben benachteiligt sind.<sup>17</sup> Die Minderheitenpolitik verfolgte zwei Ziele: die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft und den Ausgleich von Benachteiligungen (Penninx 1994). Für das erste Ziel wurden gruppenspezifische Maßnahmen ergriffen. Den Organisationen der Einwanderer wurde die Aufgabe der Pflege und Entwicklung der „Gruppenkultur“ zugewiesen. Das zweite Ziel wurde durch verschiedene Richtlinien zur Arbeitsmarktintegration verfolgt: Verbesserung der Dienste des Arbeitsamtes, proportionale Teilnahme von Einwanderern an Arbeitsvermittlungs- und Beschäftigungsprogrammen, Eröffnung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Ausländer in staatlichen Einrichtungen u.a.m. (Penninx 1994). Allerdings verzeichneten die verschiedenen Maßnahmen keine größeren Erfolge. Die Situation von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt blieb durch deutliche Benachteiligungen gekennzeichnet.<sup>18</sup>

In den 90er-Jahren erfolgte eine weitgehende Umorientierung der Minderheitenpolitik hinsichtlich des ersten Ziels, der Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft. Auch in diesem Programmbereich waren die Ergebnisse nicht befriedigend, d.h., es wurde zu wenig Integration erreicht. Die Pflege der eigenen Kultur steht nun nicht mehr im Vordergrund, vielmehr wird verstärkt Gewicht auf Zusammenarbeit gelegt. Die ethnischen Gruppen sollen sich an den gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben aktiv beteiligen (Entzinger 1997). Finanzielle Mittel zur Unterstützung der Integration fließen inzwischen überwiegend in Sprachkurse, insbesondere in die so genannten Einbürgerungskurse für Neuankömmlinge, die neben

16 Besonders das Innenministerium ist für die Umsetzung der Minderheitenpolitik verantwortlich, obgleich alle Ministerien in ihren Bereichen für die Umsetzung der Maßnahmen zuständig sind. Es gibt zudem ein interministerielles Komitee für Minderheitenpolitik. Auf kommunaler Ebene finden sich Büros für die Angelegenheiten von Minderheiten. In den Jahren 1984 bis 1988 wurden 600 Millionen Gulden pro Jahr für die Finanzierung der Minderheitenpolitik veranschlagt (Groenendijk 1987).

17 Zu den Minderheiten zählen die folgenden Gruppen: „Surinameser, Antillianer, Arubaner, Molukker, Türken, Marokkaner, Italiener, Spanier, Portugiesen, (ehemalige) Jugoslawen, Tunesier, Kapverdier, Zigeuner, anerkannte politische Flüchtlinge und Wohnwagenbewohner (eine einheimische halbnomadische Gruppe, die schon längst Zielgruppe einer spezifischen Politik der Regierung war)“ (Entzinger 1997: 164).

18 Teilweise ist die schlechte Arbeitsmarktposition von Zuwanderern auf ihre schlechte Qualifikation zurückzuführen. Doch wurde seit den 80er-Jahren in verschiedenen Untersuchungen belegt, dass Diskriminierung eine erhebliche Rolle spielt (Penninx 1994; Muus 1989). – Die Gesetzgebung gegen Diskriminierung ist in den Niederlanden zwar entwickelter als in Frankreich oder Deutschland, sie bietet aber doch wenig Schutz gegen Diskriminierung durch Arbeitgeber (Böcker 1991).

Sprachunterricht auch Landeskunde und vor allem gezielte Arbeitsmarktorientierung umfassen.<sup>19</sup>

Während die Minderheitenpolitik nach wie vor Schwierigkeiten hat, die beiden genannten Ziele zu erreichen, wurde ein drittes Ziel konsequent umgesetzt und bildet heute die Basis dieser Politik. Die Rede ist von der Gleichstellung von Zuwanderern mit Autochthonen. Drei Faktoren kennzeichnen diese Politik: Erleichterung der Einbürgerung, nahezu vollständige Gleichstellung von Zuwanderern ohne niederländische Staatsbürgerschaft mit Autochthonen (beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt), kommunales Wahlrecht für Zuwanderer nach fünfjährigem legalem Aufenthalt.

Die Änderung der Einbürgerungsbestimmungen war der erste Schritt zu einer konsequenten Integrationspolitik.<sup>20</sup> Wichtig ist hier, dass in den Niederlanden ein grundsätzlich anderes Verständnis der Bedeutung der Einbürgerung besteht als in Frankreich. Während dort die Einbürgerung die vollzogene Integration besiegeln soll (vgl. Haut Conseil 1991), wird Einbürgerung in den Niederlanden als Weg zur Integration gesehen.

Stärker als im Einbürgerungsgesetz drückt sich die Integrations- und Gleichstellungsorientierung der Niederlande allerdings in anderen Bereichen aus. So wurde mit klarem politischem Willen und viel politischem Geschick 1983 eine Verfassungsänderung durchgeführt, durch die im Wahlgesetz das aktive und kommunale Wahlrecht für Ausländer verankert wurde (Bedingung: fünfjähriger legaler Aufenthalt; vgl. Bukow 1989; Groenendijk 1987).<sup>21</sup> Die Niederlande verfolgen eine Politik der Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus sowie eine Gleichstellungspolitik. Zur Verbesserung der Rechtsposition von Zugewanderten wurde im Auftrag des Justizministeriums eine Liste von Bestimmungen in die Gesetzgebung aufgenommen, die Unterscheidungen nach Nationalität, Wohnort, Rasse oder Sprache enthalten; einige dieser Texte wurden überarbeitet (Groenendijk 1987). Die konsequente Gleichstellung von Zugewanderten (Ausländern) und Einheimischen zeigt sich auch in den geringen Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt (lediglich: Militär und Polizei).<sup>22</sup>

---

19 Der Begriff „Einbürgerung“ bezieht sich bei diesen Programmen nicht auf die Erlangung der Staatsbürgerschaft, sondern auf die Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe, auf die Erlangung der Fertigkeiten, die Zuwanderer brauchen, um in den Niederlanden als Bürger zu leben.

20 Eine Zeit lang wurde in den Niederlanden bei Einbürgerungen nicht mehr verlangt, die frühere Staatsbürgerschaft aufzugeben. Gegen diese Praxis gab es Widerstand aus den konservativen Parteien. Sie wurde offiziell wieder aufgegeben.

21 In Frankreich war das kommunale Wahlrecht für Ausländer von Mitterrand zwar in Aussicht gestellt worden, es wurde allerdings nie verwirklicht.

22 Völlig anders ist dies in Frankreich, wo zahlreiche Zugangsbeschränkungen für Ausländer bestehen (Lochak 1992).

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass ein neues Integrationsprogramm heute nachdrücklich verlangt, nicht mehr *über* die Ausländer zu reden, sondern *mit* ihnen, und dass die Umsetzung dieser Vorstellung den Stadtvierteln aufgetragen wird (Minderheden monitor 1999). Womit sich der Kreis auch wieder zu Programmen der Stadterneuerung schließt: in den Niederlanden gab es eine Entwicklung von der Quartierserneuerung (mit deutlichem Bezug zu Einwandererquartieren) zu einem Programm der sozialen Stadt, das nicht mehr auf Problemgebiete konzentriert war, sondern das insgesamt die Bürgerbeteiligung in der Gestaltung kommunaler Aufgaben fördern sollte (Riethof 1994).

Zugleich hat es eine Verlagerung der Schwerpunktsetzung von stadtplanerischen (Wohnumfeldverbesserung) zu arbeitsfördernden Maßnahmen gegeben, d.h., heute konzentrieren sich Maßnahmen auf die Arbeitsmarktintegration. Im Fall der Integration von Ausländern steht dabei die Beschäftigung im öffentlichen Dienst im Zentrum der Aktionen, nachdem Versuche, das Einstellungsverhalten von Arbeitgebern zu beeinflussen, an deren Widerstand scheiterten (Woltering 1998).

Was die Haltung der Kommunen gegenüber der Ballung von ausländischer Bevölkerung in Wohngebieten betrifft, gab es auch in den Niederlanden den Wunsch, solchen Entwicklungen entgegenzuwirken. So beschreibt ein Rotterdamer Beamter die Situation zu Anfang der 90er-Jahre<sup>23</sup> folgendermaßen:

„Erst in den neunziger Jahren war deutlich, dass die Menschen, die sich hier angesiedelt, Kinder bekommen und ihre Wurzeln hier geschlagen hatten, nicht mehr weggehen würden. Und da erst hat sich die Politik völlig geändert gegenüber den achtziger Jahren, dass wir etwas dafür tun müssten, dass sich die Menschen definitiv zu Hause fühlen können. Dass sie sich so gut wie möglich integrieren können. Es gab dann noch Diskussionen über Integration und Assimilation und die Verteilung über die Stadt. Für Letzteres gab es eine Maßregel, einen Beschluss des Gemeinderats, dass Minderheiten auf eine bessere Weise über die Stadt verteilt werden müssten, keine hohen Konzentrationen in bestimmten Stadtvierteln. Dadurch würde auch weniger Unruhe entstehen. (Frage: Und das ist geglückt?) Das ist nicht geglückt. Das wurde von der Krone verboten. (...) Man fand, das sei Diskriminierung. Und es gab auch eine Klage von einigen Dachverbänden, die sich mit Minderheiten beschäftigen“ (Interview; Sociale Zaken en Werkgelegenheid Rotterdam, Migratie, Integratie en Participatie).

23 Die im Unterschied zu den Überblicksdarstellungen niederländischer Integrationspolitik zeitlich versetzte Wahrnehmung von Zäsuren (die Hinwendung zu Integration und Gleichstellung erfolgte auf nationaler Ebene in den 80er-Jahren) könnte ein Hinweis auf die Dauer von Vermittlungsprozessen sein. Möglich ist allerdings auch, dass die Gleichstellungspolitik erst durch die Betonung der Integration auf kommunaler Ebene relevant wurde.

## Partizipation

Die Möglichkeiten zur politischen Partizipation sind in Holland durch das kommunale Wahlrecht für Ausländer zunächst völlig anders gestaltet als in Frankreich. Zuwanderer können eigene Wahllisten aufstellen, allerdings nutzen sie dies kaum, und bei Wahlen werden die etablierten holländischen Parteien (bei denen allerdings auch zugewanderte Personen auf den Wahllisten kandidieren) deutlich bevorzugt.

Es gibt noch andere Partizipationsmöglichkeiten für Zugewanderte. So werden auf staatlicher und kommunaler Ebene die Organisationen von Zugewanderten zu allen Fragen angehört, die Zugewanderte betreffen. In diesem Zusammenhang gibt es Diskussionen und unterschiedliche Praktiken im Hinblick auf die Partizipation muslimischer Vereine. Während diese Vereine in Rotterdam als wichtige Integrationsakteure der muslimischen Bevölkerung angesehen und als solche in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, ist dies beispielsweise in Utrecht nicht der Fall (Feierabend/Rath 1996).

## Zusammenfassender Vergleich

Im Hinblick auf Integrationsprobleme und -maßnahmen ist die Situation in Frankreich und den Niederlanden ganz ähnlich: in beiden Ländern ist die Frage der Integration von Zuwanderern eng mit den wirtschaftlichen Problemen der letzten zwanzig Jahre verknüpft, d.h., hohe Arbeitslosigkeit und der Versuch, Ausgrenzungserscheinungen entgegenzuwirken, bestimmen die Sozialpolitik im Allgemeinen und die Integrationspolitik gegenüber Zuwanderern im Besonderen. Und in beiden Ländern verbindet sich Integrationspolitik mit Stadtpolitik. In Frankreich ist dies jedoch ausgeprägter als in den Niederlanden, auch deshalb, weil in Frankreich spezifisch auf Zuwanderer ausgerichtete Integrationsmaßnahmen weitgehend vermieden werden sollen.

Die Integration von Zuwanderern basiert in Frankreich und den Niederlanden zwar auf unterschiedlichen Prinzipien, die Ähnlichkeit der Integrationsprobleme hat allerdings zur Herausbildung ähnlicher Reaktionen geführt. In Frankreich ist das *droit commun* die Basis von Maßnahmen verschiedenster Art, die Sozialpolitik unterscheidet nicht hinsichtlich Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit, obwohl beispielsweise ein hoher Ausländeranteil zu den für Förderungen relevanten Merkmalen zählt. In den Niederlanden ist die Minderheitenpolitik auf die Beseitigung von Benachteiligungen ethnischer Gruppen ausgerichtet. Die vermittelnde Funktion der ethnischen Organisationen für die Integration von Zuwanderern spielt in der Politik eine offizielle Rolle. Heute nähern sich die Niederlande den

französischen Vorstellungen aber insofern an, als diese Organisationen angehalten werden, mehr für ihre Integration in die niederländische Gesellschaft zu tun. Ethische Organisationen sollen mehr mit der Mehrheitsgesellschaft interagieren und sich stärker interkulturell ausrichten. In Frankreich werden Migrantenorganisationen – insbesondere auf der kommunalen Ebene – sehr wohl als Vermittler angesehen sowie als Informationsquellen und Berater genutzt (Leistico 1994). In der Praxis sind die Unterschiede zwischen den Ländern weniger groß, als die Konzepte vermuten lassen.

Das Verhältnis zwischen der staatlichen und der kommunalen Ebene unterscheidet sich in den beiden Ländern deutlich voneinander. Sowohl die Administration als auch die Politik sind in Frankreich weit stärker durch das Zentrum bestimmt bzw. auf dieses ausgerichtet als in den Niederlanden. In den 90er-Jahren wurde in Frankreich mit der neuen Stadtpolitik versucht, die regionale und besonders die kommunale Ebene insofern zu stärken, als die „automatische“, nicht auf die spezifische kommunale Situation bezogene Umsetzung vom Staat vordefinierter Maßnahmen in den neuen Förderprogrammen vermieden werden soll. Kommunen müssen nun spezifisch auf ihre Situation ausgerichtete Pläne aufstellen und über deren Umsetzung mit der Regierung einen Vertrag abschließen. Anders als in den Niederlanden werden in Frankreich die *möglichen* Fördermaßnahmen von den zentralen Organisationen doch noch immer stark vordefiniert, von den lokalen Akteuren wird aber eine den dortigen Gegebenheiten angepasste Nutzung und Umsetzung (unter Ausnutzung aller Kooperationsmöglichkeiten) erwartet.<sup>24</sup>

Einem weiteren Unterschied zwischen Frankreich und den Niederlanden kommt besondere Relevanz zu. In Frankreich ist Integrationspolitik gegen Ausgrenzung gerichtet, in Holland zielt sie auf Gleichstellung. Dabei ist die Situation in Frankreich von einem Paradox gekennzeichnet (das auch für Deutschland gilt): Die Sozialpolitik hat den Anspruch (und erfüllt diesen größtenteils auch), alle Bürger nach ihren Bedürfnissen (und gegebenenfalls Ansprüchen) und nicht nach anderen Merkmalen zu behandeln. Zugleich wird in Frankreich aber eine deutliche Abgrenzung zwischen Staatsbürgern und Ausländern vorgenommen, was sich unter anderem in zahlreichen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder auch in den Fragen des Zugangs zu Sozialwohnungen ausdrückt. Die Integrationspolitik gerät so in einen Widerspruch. Vor diesem Hintergrund erscheinen auch Maßnahmen gegen Diskriminierung wenig aussichtsreich. Aber gerade das Thema „Diskriminierung“ hat in den letzten zwei Jahren in den französischen Diskussionen an Bedeutung gewonnen. „Der Haut Conseil hat ... seine eigene

24 Froessler stellt im Hinblick auf Stadterneuerungsprogramme fest: „Die größten Spielräume für die lokalen Akteure eröffnet dabei sicherlich die niederländische Politik. Sie zielt ... explizit darauf ab, mit der Sozialen Erneuerung keine staatlichen Standardlösungen zu produzieren, sondern die Umsetzung von ‚lokaler Maßarbeit‘ zu unterstützen“ (Froessler 1994: 34).

Auflösung vorgeschlagen. Es sollte eine neue Institution gegründet werden, die in der Diskriminierungsproblematik spezialisiert wäre, so wie es in anderen Ländern, Belgien und England beispielsweise, der Fall ist. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung nicht angenommen“ (Interview Haut Conseil).<sup>25</sup> Eine solche Institution würde m.E. nicht umhinkommen, die Frage der Gleichstellung der Zugewanderten mit den Einheimischen aufzugreifen.

Als Fazit des Vergleichs der Integrationspolitiken Frankreichs und der Niederlande kann hier festgehalten werden, dass die niederländische Politik den großen Vorteil der Eindeutigkeit hat.<sup>26</sup> Allerdings musste sie die Erfahrung machen, dass die (ethnisch gerechtere) Umverteilung von Arbeit(slosigkeit) kein Ziel ist, für das man breite gesellschaftliche Unterstützung findet. Allgemein ist festzustellen, dass die gesamte Frage der Integration durch das Problem der Arbeitslosigkeit beeinflusst wird. Und obwohl Kommunen sehr viel im Bereich von arbeitsfördernden Maßnahmen geleistet haben, wird dieses Problem letztlich auf kommunaler Ebene allein nicht zu lösen sein.

---

25 Im Januar 2001 wurde auf Initiative der Ministerin für Arbeit und Soziales, Elisabeth Guigou, eine Aufgabenveränderung des FAS, der zentralen Integrationsinstitution Frankreichs, in die Wege geleitet. Der FAS, dessen vollständiger Name bisher mit FASTIF abzukürzen war (Fonds d'action sociale pour les travailleurs immigrés et leurs familles) soll zum FASID werden (Fonds d'action et de soutien pour l'intégration et la lutte contre les discriminations). Die Aufgaben des FAS werden erweitert: die Zielgruppe sind nicht mehr nur Zuwanderer, sondern die gesamte Bevölkerung, die aus Immigrationsprozessen hervorgegangen ist. Die Aufgaben schließen nun den Bereich der Arbeit ein. Eine zentrale Aufgabe ist „der Kampf gegen Diskriminierung“.

26 Positiv wird hier insbesondere die Gleichstellungspolitik gesehen (vgl. auch Thränhardt, der von der Etablierung eines *circulus virtuosus* spricht; Thränhardt 2000). Die Minderheitenpolitik als solche hat hingegen einige problematische Elemente, beispielsweise die Festschreibung ethnischer Gruppen durch die Förderpraxis. Eine weitere Einschränkung ist angebracht: auch in den Niederlanden geraten verschiedene Politiken in Widerspruch zueinander. Die Bemühungen um eine Begrenzung von Zuwanderungen führen zu stärkeren Differenzierungen zwischen Europäern und anderen Zuwanderern. Die allgemeinen Gleichstellungsbemühungen werden dadurch konterkariert.

## Literatur

- Blanke, Bernhard (Hrsg.) (1991), Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen „dezentraler“ Politik, Opladen.
- Böcker, Anita (1991), A Pyramid of Complaints: the Handling of Complaints about Racial Discrimination in the Netherlands, in: *new community* 17 (July), S. 603–616.
- Bode, Ingo (1999), Abschied vom Vorsorgestaat? Sozialpolitik und Zivilgesellschaft à la française, in: *Frankreich-Jahrbuch* 1999, S. 121–144.
- Body-Gendrot, Sophie/Schain, Martin A. (1992), National and Local Politics and the Development of Immigration Policy in the United States and France: A Comparative Analysis, in: Horowitz, Donald L./Noiriel, Gerard (eds.), *Immigrants in Two Democracies: French and American Experience*, New York, S. 411–438.
- Bukow, Wolf-Dietrich (1989), *Ausländerwahlrecht. Eine vergleichende Analyse der Politik gegenüber ethnischen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden*, Köln.
- Claussen, Wiebke (1997), Ein Bündnis gegen Ausgrenzung in Frankreich. Insertion par l'économique: eine konzertierte Aktion gegen soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und den Verfall der Vorstädte, Dortmund (Institut für Raumplanung/IRPUD).
- Entzinger, Han (1997), Multikulturalismus und Wohlfahrtsstaat: Zuwanderungs- und Integrationspolitik in den Niederlanden, in: Weber, Albrecht (Hrsg.), *Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union: Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten* (Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, IMIS, Bd. 5), Osnabrück, S. 157–176.
- Feirabend, Jeroen/Rath, Jan (1996), Making a Place for Islam in Politics. Local Authorities dealing with Islamic Associations, in: Shadid, W. R./ van Koningsveld, P. S. (eds.), *Muslims in the Margin. Political Responses to the Presence of Islam in Western Europe*, Kampen, S. 243–258.
- Froessler, Rolf (1994), Integrierende Politik: Aufgaben, Inhalte und Formen staatlicher Programme zur Erneuerung benachteiligter Quartiere, in: Froessler, Rolf u.a. (Hrsg.), *Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten*, Basel, S. 8–35.
- Frybès, Marcin (1992), France. Un équilibre pragmatique fragile, in: Lapeyronnie, Didier (Hrsg.) *Immigrés en Europe. Politiques locales d'intégration*, Paris, S. 83–110.
- Garbaye, Romain (2000), *Ethnic Minorities, Cities, and Institutions: A Comparison of the Models of Management of Ethnic Diversity of a French and a British City* (EUI Working Paper RSC no. 2000/13), Florence.
- Groenendijk, C. A. (1987), Vom Ausländer zum Mitbürger: Die symbolische und faktische Bedeutung des Wahlrechts für ausländische Immigranten, in: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Politik (ZAR)*, H. 1 (1987), S. 21–15.
- Haut Conseil à l'Intégration (1991), *Pour un modèle français d'intégration. Premier rapport annuel au Premier ministre*, Paris.
- Leistico, Dirk (1994), *Immigration und Multikulturalismus in Frankreich – eine Fallstudie*, Trier.
- Loch, Dietmar (1994), Kommunale Minderheitenpolitik in Frankreich, in: Jansen, Mechthild M./ Baringhorst, Sigrid (Hrsg.), *Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Integration*, Baden-Baden, S. 155–167.

- Lochak, Danièle (1992), Discrimination Against Foreigners Under French Law, in: Horowitz, Donald L./Noiriel, Gerard (eds.), *Immigrants in Two Democracies: French and American Experience*, New York, S. 391–410.
- Minderheden monitor (1999), *Etnische minderheden in Rotterdam (ISEO und COS im Auftrag der Gemeinde Rotterdam)*, Rotterdam.
- Muus, Philip J. (1989), *Migration, Minorities and Policy in the Netherlands. Recent Trends and Developments (SOPEMI/OECD)*.
- Paugam, Serge (1998), Von der Armut zur Ausgrenzung: Wie Frankreich eine neue soziale Frage lernt, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, H. 44 (6), S. 339–358.
- Penninx, Rinus (1994), Die niederländische Gesellschaft und ihre Einwanderer. Einwanderungs- und Minderheitenpolitik, öffentlicher Diskurs und Multikulturelles in den Niederlanden, in: Jansen, Mechthild M./Baringhorst, Sigrid (Hrsg.), *Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Integration*, Baden-Baden, S. 105–124.
- Riethof, Huib (1994), Vom Klient zum Partner: Anmerkungen zu niederländischen Politiken gegen Benachteiligung, in: Froessler, Rolf u.a. (Hrsg.), *Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten*, Basel, S. 110–118.
- Schain, Martin (1990), Immigrants in the Town: Communism and Urban Politics in France. How Does Party Matter?, in: Simon-Barouh, Ida/Simon, Pierre-Jean (Hrsg.), *Les étrangers dans la ville. Le regard des sciences sociales*, Paris, S. 211–221.
- Spies, Axel (1993), Verschleierte Schülerinnen in Frankreich und Deutschland, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, Heft 7, S. 637–640.
- Thränhardt, Dietrich (2000), Conflict, Consensus, and Policy Outcomes: Immigration and Integration in Germany and The Netherlands, in: Koopmans, Ruud/Statham, Paul (eds.), *Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics*, Oxford, S. 162–185.
- Weil, Patrick (1991), Immigration and The Rise of Racism in France: The Contradictions in Mitterrand's Policies, in: *French Politics & Society*, Jg. 9 (3-4), S. 82–100.
- Weil, Patrick/Crowley, John (1994), Integration in Theory and Practice: A Comparison of France and Britain, in: Baldwin-Edwards, Martin/Schain, Martin (eds.), *The Politics of Immigration*, Newbury Park, S. 110–126.
- Withol de Wenden, Catherine (1994), The French Debate: Legal and Political Instruments to Promote Integration, in: Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (eds.), *European Migration in the Late Twentieth Century*, Avebury, S. 67–80.
- Woltering, Michael (1998), Strukturen und Probleme der Arbeitsmarktintegration von Zuwandern in Deutschland und in den Niederlanden, in: *IMIS-Beiträge*, H. 9, S. 15–35.